

Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Nach Artikel 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist die Würde des Menschen unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen. Artikel 10 garantiert Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Artikel 21 das Recht auf Nichtdiskriminierung, einschließlich in Bezug auf Religion bzw. Weltanschauung. Artikel 47 garantiert das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf sowie auf ein faires Verfahren.

Kontext

Beleidigungen, Diskriminierung, Belästigungen und sogar körperlicher Gewalt bleiben für Juden in der Europäischen Union (EU) Bestandteil ihres Alltags. Trotz gemeinsamer Bestrebungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten gehören diese Probleme immer noch nicht der Vergangenheit an. Viele wichtige Rechte werden zwar gesetzlich garantiert, doch weit verbreitete und auch hartnäckige Vorurteile hindern Juden weiterhin daran, diese Rechte auch tatsächlich wahrnehmen zu können.

Die Ergebnisse der FRA-Online-Erhebung zu den Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in acht EU-Mitgliedstaaten haben ergeben, dass eine weit verbreitete Angst vor Antisemitismus im Internet und vor Viktimisierung besteht. Die Ergebnisse zeigen auch, dass antisemitische Diskriminierung in besorgniserregendem Ausmaß – besonders am Arbeitsplatz und in Bildungseinrichtungen – besteht. Grund zur Sorge besteht auch in Sachen Holocaustleugnung und -verharmlosung sowie Hasskriminalität. Auch hiermit verbundene Probleme werden in der Erhebung aufgeworfen, wie die Tatsache, dass antisemitische Verbrechen von Opfern nicht zur Anzeige gebracht werden.

Datenverfügbarkeit und Gegenstand der Erhebung

Dreizehn der 28 EU-Mitgliedstaaten sammeln Daten zu antisemitischen Straftaten, wobei diese nicht vergleichbar sind. Eingeschränkter Umfang und Qualität der verfügbaren Daten machen es den Entscheidungsträgern schwierig, Straftaten wirksam vorzubeugen und potenzielle Opfer zu schützen. Dafür sind detailliertere Informationen zum Ausmaß und der Art der antisemitischen Vergehen erforderlich. Um diese Situation zu verbessern, wurden im Zuge der FRA-Erhebung erstmals in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten vergleichbare Daten zu Erfahrungen und Wahrnehmung der jüdischen Bevölkerung bezüglich Antisemitismus, hassmotivierter Kriminalität und Diskriminierung gesammelt.

Die vorliegenden Forschungsergebnisse beziehen sich auf Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Lettland, Schweden, Ungarn und das Vereinigte Königreich. In diesen Ländern leben laut Schätzungen insgesamt etwa 90 % der jüdischen Bevölkerung der EU. Die Befragung wurde im September und Oktober 2012 online durchgeführt und etwa 5 900 Personen, die sich selbst als Juden identifizieren, nahmen teil. Die gewählte Methodik der Online-Erhebung ermöglichte es allen interessierten Juden in den ausgewählten Mitgliedstaaten teilzunehmen. Allerdings gründet die Online-Befragung nicht auf einer Zufallsauswahl und ist somit statistisch nicht repräsentativ.

Rechtlicher Hintergrund

Die Richtlinie zur Gleichbehandlung im Bereich der Beschäftigung (2000/78/EG) und die Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse (2000/43/EG) sind die beiden wichtigsten Rechtsinstrumente der EU, um Diskriminierung zu bekämpfen. Beide Richtlinien bieten Personen, die der jüdischen Bevölkerung angehören Schutz vor Diskriminierung sei es in Bezug auf Religion oder Weltanschauung (Richtlinie zur Gleichbehandlung im Bereich der Beschäftigung) oder in Bezug auf ethnische Zugehörigkeit (Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse).

Auf Ersuchen der Europäischen Kommission veröffentlichte die FRA ein „Gutachten betreffend der Situation der Gleichbehandlung in der Europäischen Union in den 10 Jahren seit der Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinien“ (*Opinion on the situation of equality in the European Union 10 years on from initial implementation of the equality directives*). Auf der Grundlage von rechts- und sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen zeigt das FRA-Gutachten auf, inwieweit das Gleichbehandlungsprinzip in der EU umgesetzt wurde. Das Gutachten ist abrufbar unter: <http://fra.europa.eu/en/opinion/2013/fra-opinion-situation-equality-european-union-10-years-initial-implementation-equality>.

Wichtige Ergebnisse und faktengestützte Grundrechtsberatung

Die Ergebnisse der FRA-Erhebung können Entscheidungsträgern sowie anderen Interessensgruppen innerhalb der EU helfen, Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden besser zu bekämpfen. Vor diesem Hintergrund schlägt die FRA mehrere Schritte auf EU- und nationaler Ebene vor, um Maßnahmen zum Schutz der Grundrechte von Juden zu entwickeln und umzusetzen.

Antisemitismus bekämpfen

Zwei Drittel der Befragten (66 %) sehen Antisemitismus als ein Problem innerhalb der untersuchten EU-Mitgliedstaaten an. Drei Viertel der Befragten (76 %) gaben an, dass Antisemitismus innerhalb der vergangenen fünf Jahre in ihrem Land zugenommen habe.

„Leider wird der Kampf gegen Antisemitismus immer hoffnungsloser.“

(Frau, zwischen 60 und 69 Jahre alt, Ungarn)

„Heute macht mir der Antisemitismus auf eine Weise Sorgen, wie es vor 30 Jahren nicht der Fall war. Was seit langem gesellschaftlich geächtet sein sollte, wird stattdessen immer stärker.“

(Frau, zwischen 55 und 59 Jahre alt, Vereinigtes Königreich)

„Manchmal bin ich schockiert darüber, dass sich meine Kinder als Schweden in der dritten Generation nicht sicher fühlen.“

(Mann, zwischen 50 und 54 Jahre alt, Schweden)

Insgesamt betrachten 75 % der Befragten Antisemitismus im Internet als ein Problem in ihrem Land. Fast drei Viertel der Befragten (73 %) gaben an, dass Antisemitismus im Internet während der vergangenen fünf Jahre zugenommen habe.

„Heute besteht in Frankreich eine echte Gefahr in Bezug auf Antisemitismus. [...] Viele Diskussionsforen im Internet und YouTube-Kommentare sind voll von antisemitischen und antizionistischen Aussagen.“ (Mann, zwischen 45 und 49 Jahre alt, Frankreich)

Eine der größten Sorgen der Befragten in fast allen untersuchten EU-Mitgliedstaaten waren antisemitische Kommentare im Internet. Dieses Ergebnis wirft weitere Fragen nach dem effektiven Schutz von Grundrechten im Medium Internet bei gleichzeitiger Wahrung des Rechts auf freie Meinungsäußerung auf. Antisemitische Kommentare im Internet sind vermutlich einer der Faktoren, die zur Angst der jüdischen Bevölkerung beitragen, selbst Opfer von Hasskriminalität zu werden.

In den 12 Monaten vor der Erhebung wurden 26 % der Befragten Ziel verbaler Beleidigungen oder Belästigungen, weil sie Juden sind; 4 % der Befragten erfuhren körperliche Gewalt oder Androhungen körperlicher Gewalt.

Befragten, die in irgendeiner Form antisemitisch motivierte körperliche Gewalt oder Drohungen erfahren haben, wurden anschließend eine Reihe weiterer Fragen gestellt, beispielsweise zum Vorfall, der sie am stärksten persönlich betroffen hat innerhalb der letzten fünf Jahren vor der Befragung. Ein Drittel der Befragten, die innerhalb der vergangenen fünf Jahre körperlich angegriffen oder bedroht worden sind, gab an, dass der schwerwiegendste antisemitische Vorfall sowohl die Androhung von körperlicher Gewalt als auch tatsächliche körperliche Gewalt beinhaltet habe. Bei 10 % war körperliche Gewalt Teil des schwerwiegendsten Vorfalls. Neunundvierzig Prozent gaben an, ihnen sei im Zuge des Vorfalls körperliche Gewalt angedroht worden, allerdings ohne dass tatsächlich körperliche Gewalt ausgeübt worden sei.

FRA-Stellungnahme

Um Diskriminierung und Hasskriminalität auf systematische und koordinierte Art und Weise zu bekämpfen, sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus in relevante nationale Strategien und Aktionspläne integrieren. Dies gilt für Strategien und Aktionspläne unterschiedlicher Bereiche und Ebenen, wie zum Beispiel solchen, die auf Menschenrechte, Gleichbehandlung, Verbrechenverhütung, Gewaltprävention und die lokale Ebene abzielen.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten die rechtliche Grundlagen für Ermittlungen und strafrechtliche Verfolgung von Hasskriminalität und antisemitisch motivierten Straftaten im Internet verstärken. In diesem Zusammenhang sollten das Zusatzprotokoll des Europarates zum in Budapest unterzeichneten Übereinkommen über Datennetzkriminalität ratifiziert und Artikel 9 des Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit umgesetzt werden. Der Rahmenbeschluss verpflichtet EU-Mitgliedstaaten dazu, bestimmte Bereiche der Datennetzkriminalität unter Strafbarkeit zu setzen [...]

Die EU-Mitgliedstaaten sollten die Einrichtung von Polizei-Fachdienststellen erwägen, die Hasskriminalität im Internet überwachen und entsprechende Ermittlungen aufnehmen. Zudem sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Internetnutzer zur Meldung von antisemitischen Inhalten zu ermutigen.

Das Internet spielt als Mittel der Kommunikation für viele Europäer eine immer wichtigere Rolle, doch bietet der Deckmantel der Anonymität auch Gelegenheit, beleidigendes oder gedankenlos zusammengestelltes Material zu veröffentlichen. Mit der Unterstützung der EU sollten die EU-Mitgliedstaaten Lehrmittel und Bildungsmaterial zur Vermittlung bewährter Vorgehensweisen für Veröffentlichungen im Internet entwickeln und sie in die Lehrpläne des muttersprachlichen Unterrichts integrieren.

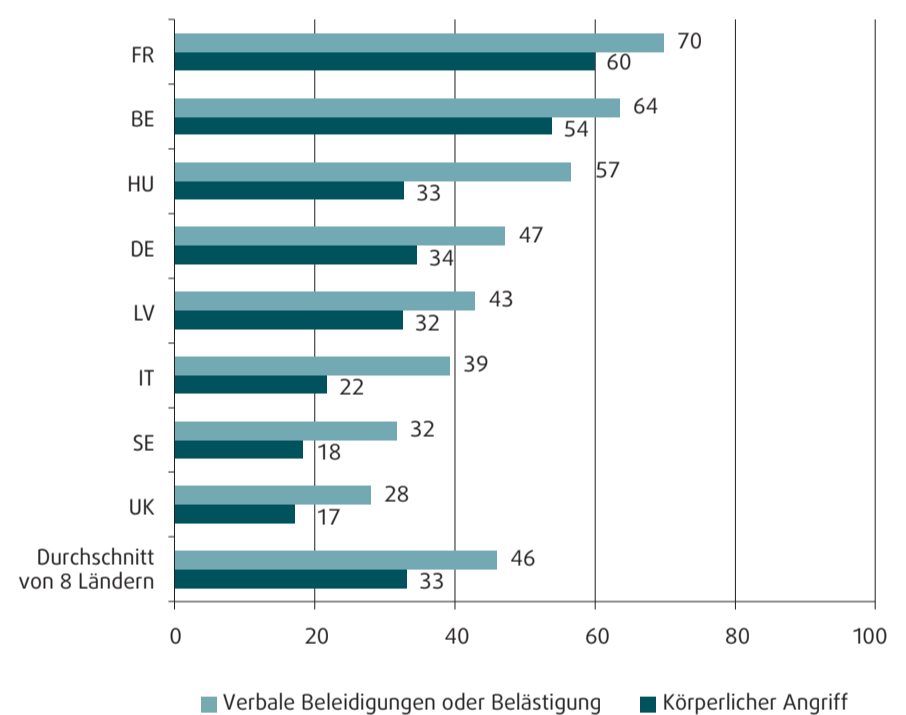
Angst vor Viktimisierung

Knapp die Hälfte (46 %) der Befragten befürchtet, innerhalb der kommenden 12 Monate selbst Opfer verbaler Beleidigungen oder Belästigungen zu werden, während ein Drittel (33 %) sich vor körperlichen Angriffen fürchtet (innerhalb desselben Zeitraums).

Umfassende Forschung zu Angst vor Kriminalität hat ergeben, dass sich die Angst, selbst Opfer eines Verbrechens zu werden, negativ auf das Leben der betroffenen Menschen auswirkt. Die Angst vor einem Verbrechen kann Menschen dazu veranlassen, ihre Handlungen und/oder Aktivitäten so einzuschränken, dass dies sich auf ihr Wohlbefinden auswirkt.

Beinahe ein Viertel (23 %) der Befragten gaben an, zumindest gelegentlich auf den Besuch jüdischer Veranstaltungen oder Orte zu verzichten, da sie sich dort oder auf dem Weg dorthin als Jude nicht sicher fühlen. Mehr als ein Viertel (27 %) der Befragten meiden bestimmte Orte oder Gegenden in ihrer Umgebung zumindest gelegentlich, da sie sich dort als Jude nicht sicher fühlen.

Abbildung 1: Angst, innerhalb der kommenden 12 Monate aufgrund von Zugehörigkeit zum Judentum Opfer von verbalen Beleidigungen oder Belästigungen zu werden, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Anmerkungen: N=5 847.
Quelle: FRA, 2013

„Solange man die Kippa nicht öffentlich trägt und Feste usw. privat feiert, scheint es keine Probleme zu geben. Sobald wir aber wie Christen oder Muslime unserer Religion Wichtigkeit beimessen und unseren Glauben offen ausleben möchten, ändert sich die Situation dramatisch.“ (Mann, zwischen 60 und 69 Jahre alt, Deutschland)

„In Belgien besteht ein allgemeiner Rassismus. Antisemitismus ist lediglich ein Aspekt davon.“ (Frau, zwischen 60 und 69 Jahre alt, Belgien)

„Ich glaube, der Antisemitismus in Italien nimmt ab, wenn auch nur langsam.“ (Mann, zwischen 70 und 79 Jahre alt, Italien)

FRA-Stellungnahme

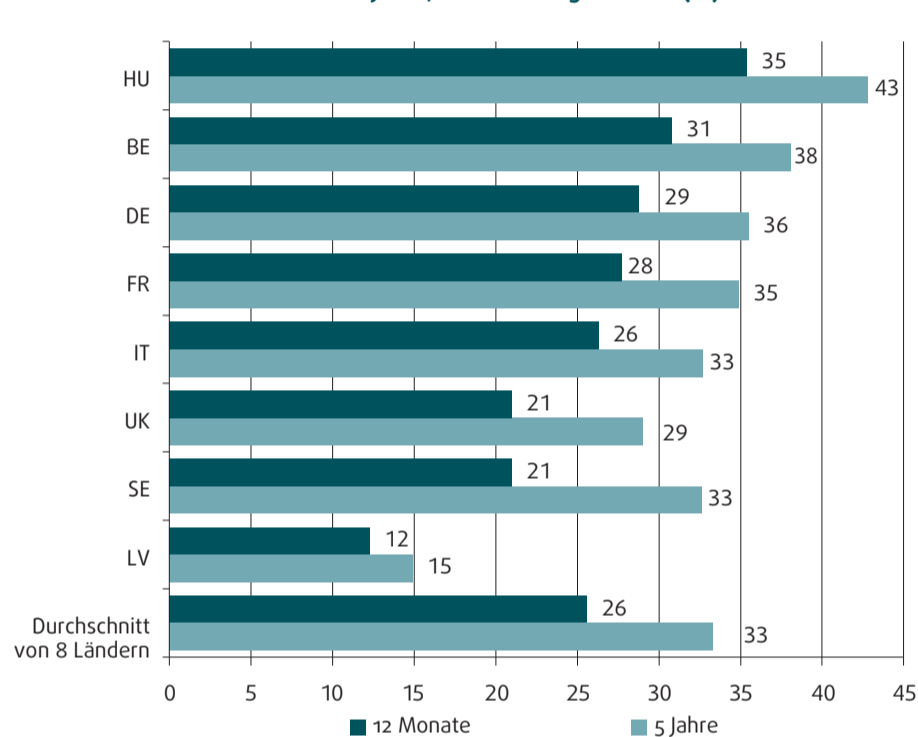
Die EU-Mitgliedstaaten sind dazu aufgerufen, auf systematische und effektive Art und Weise Daten darüber zu sammeln, wie die jüdische Bevölkerung ihre Grundrechte im Alltag erlebt bzw. wahrnimmt.

Während der FRA-Erhebung ereigneten sich in den untersuchten EU-Mitgliedstaaten mehrere antisemitische Vorfälle: In Ungarn wurde die jüdische Gemeinde Ziel mehrerer Gewaltakte; in Malmö (Schweden) gipfelte eine Reihe von Angriffen im Bombenattentat auf ein jüdisches Gemeindezentrum; und in Toulouse (Frankreich) schockierten die tragischen Morde an einer jüdischen Tagesschule im März 2012 die Öffentlichkeit.

Belästigung

Ein Drittel der Befragten (33 %) wurde in den fünf Jahren vor der Erhebung Opfer einer Form von antisemitisch motivierter Belästigung. Ein Viertel (26 %) erfuhr in den 12 Monaten vor der Befragung solche Belästigungen.

Abbildung 2: Antisemitisch motivierte Belästigungen innerhalb der vergangenen 12 Monate bzw. fünf Jahre, nach EU-Mitgliedstaat (%)



Anmerkung: N=5 847.
Quelle: FRA, 2013

Beleidigende persönliche Bemerkungen war die am häufigsten genannte Belästigungsform von den fünf in der Erhebung erfassten Formen. Knapp ein Fünftel (18 %) der Befragten hat in den 12 Monaten vor der Erhebung solche Bemerkungen gehört. Ein kleinerer Teil der Befragten gab an, Opfer von beleidigenden Kommentaren im Internet (10 %) und beleidigenden oder bedrohenden E-Mails, SMS-Nachrichten oder Briefen (7 %) gewesen zu sein. Beleidigende, im Internet veröffentlichte Kommentare betreffen vor allem die jüngeren Altersgruppen: 16 % der zwischen 16 und 29 Jahre alten Befragten waren Opfer solcher Kommentare im Internet, verglichen mit 6 % der Befragten über 60 Jahre.

FRA-Stellungnahme

Im Fall von antisemitisch motivierten Straftaten sollten die EU-Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die zugrunde liegenden Motive von den Strafverfolgungsbehörden entsprechend dokumentiert und im Verlauf eines Verfahrens berücksichtigt werden, sprich von den anfänglichen Ermittlungen der Polizei bis zur Gerichtsverhandlung.

Diskriminierung

Die Befragten gaben an, antisemitische Diskriminierung in den 12 Monaten vor der Erhebung vor allem am Arbeitsplatz (11 % der innerhalb dieses Zeitraums erwerbstätigen Befragten), bei der Arbeitssuche (10 % der in diesem Zeitraum arbeitssuchenden Befragten) oder in Bildungs- bzw. Schulungseinrichtungen erfahren zu haben. Für den zuletzt genannten Bereich konnten die Befragten Diskriminierungsvorfälle angeben, die sie persönlich oder in ihrer Rolle als erziehungsberechtigte Person erfahren haben. Hierbei fühlten sich 8 % der Befragten in Bildungs- bzw. Schulungseinrichtungen (beziehungsweise mit Kindern in solchen Einrichtungen) diskriminiert.

Antisemitische Diskriminierung ist immer noch für mehrere Befragte ein Problem. Als diskriminierende Handlung wurde u. a. die Verweigerung von Dienstleistungen oder die Nichtberücksichtigung der Bedürfnisse jüdischer Personen am Arbeitsplatz genannt, wie beispielsweise die Möglichkeit wichtige religiöse Feiertage oder den Sabbat einzuhalten.

„Ich habe meine Anstellung als Dozent an der Universität aufgrund von explizitem Antisemitismus am Arbeitsplatz – sowohl von Seiten der Studenten als auch des Lehrkörpers – aufgegeben. Die Vorfälle waren so traumatisch, dass ich mich immer noch nicht im Stande fühle, nach einer neuen Anstellung zu suchen.“

(Mann, zwischen 55 und 59 Jahre alt, Vereinigtes Königreich)

FRA-Stellungnahme

Die EU sollte die Effizienz von Gleichbehandlungsstellen auf nationaler Ebene und weiterer relevanter Mechanismen beobachten und zwar in Hinblick auf deren Bemühungen, jüdische Bürger über den Schutz vor Diskriminierung zu informieren. Diese Informationsarbeit sollte gemäß dem jeweiligen Mandat und im Einklang mit den Bestimmungen der Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse (Richtlinie 2000/43/EG) erfolgen.

Die EU-Mitgliedstaaten werden auch dazu angehalten, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände dabei zu unterstützen, Richtlinien für Vielfalt und Nichtdiskriminierung festzulegen. Die Richtlinien sollten Maßnahmen enthalten, die die Bedürfnisse jüdischer Personen am Arbeitsplatz berücksichtigen, wie beispielsweise (sofern möglich) flexible Arbeitszeitvereinbarungen in Bezug auf Feiertage.

Holocaustleugnung und -verharmlosung

In den vergangenen 12 Monaten wurde über die Hälfte aller Befragten (57 %) Zeuge von Situationen, in denen der Holocaust geleugnet oder relativiert wurde.

Nach dem EU-Rahmenbeschluss 2008/913/JI zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit müssen die EU-Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Anstiftung zu Hass aufgrund von Rasse, Religion oder ethnischer Abstammung sowie die Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust strafrechtlich verfolgt werden. Trotz der im Rahmenbeschluss festgelegten Maßnahmen war vielen Befragten in einigen der untersuchten EU-Mitgliedstaaten nicht bekannt, dass Gesetze gegen die Holocaustleugnung bzw. -verharmlosung sowie Gesetze gegen Aufruf zur Gewalt oder Anstiftung zu Hass gegen Juden existieren.

FRA-Stellungnahme

Die EU-Mitgliedstaaten sollten untersuchen, inwieweit und auf welche Art der Holocaust im Unterricht und den Lehrplänen für den Geschichtsunterricht behandelt wird. Sie sollten auch den Nutzen und die Wirkung eines solchen Unterrichts evaluieren. Dazu sind verschiedene Kompetenzen, einschließlich sozialer, gesellschaftlicher und kultureller Kompetenzen, zu berücksichtigen. Außerdem sollten die EU-Mitgliedstaaten untersuchen, wie der europäische Bezugsrahmen zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen (2006/962/EG) in den Unterricht und die Lehrpläne sowie in die Ausbildung und Schulung von Lehrkräften integriert wurde.

Anzeigen von antisemitisch motivierten Straftaten

Knapp zwei Drittel (64 %) der Personen, die körperliche Gewalt oder Androhungen von Gewalt erfuhr, zeigten den schwerwiegendsten Vorfall weder bei der Polizei noch bei einer anderen Organisation an. Drei Viertel (76 %) der Befragten, die in den vergangenen fünf Jahren Opfer antisemitisch motivierter Belästigungen wurden, brachten den schwerwiegendsten Vorfall nicht zur Anzeige. Mehr als vier Fünftel (82 %) der Befragten, die angaben, in den 12 Monaten vor der Erhebung aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum diskriminiert worden zu sein, erhoben keine Anzeige bei dem schwerwiegendsten Vorfall.

Wie die FRA-Erhebung zeigt, bringen die Opfer antisemitischer Straftaten diese bei der Polizei oder anderen spezialisierten Organisationen oftmals nicht zur Anzeige, selbst dann nicht, wenn sie die Tat als die „schwerwiegendste“ oder als Tat mit den größten persönlichen Auswirkungen betrachten. Dieses Ergebnis zeigt einmal mehr, dass die offiziellen Statistiken der Polizei bzw. Strafverfolgungsbehörden lediglich die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs und nicht den Ernst der Lage darstellen. Dies entspricht auch den Ergebnissen anderer FRA-Erhebungen, wie der zu Diskriminierung und Hasskriminalität gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen (LGBT) und zu Minderheiten und Diskriminierung in der EU (EU-MIDIS).

Werden durch Hass motivierte Straftaten nicht angezeigt, bleiben sie im Dunkeln. Täter werden nicht verfolgt und die Opfer erhalten nicht die Unterstützung und Hilfe, die ihnen durch EU-Vorschriften und die nationale Gesetzgebung garantiert werden.

FRA-Stellungnahme

Die EU-Mitgliedstaaten sollten Maßnahmen ergreifen, um die Dunkelziffer von Hasskriminalität zu reduzieren [...]. Zu diesem Zweck sollte die Berichterstattung durch Drittparteien in Erwägung gezogen werden, das heißt zivilgesellschaftliche Organisationen sollten in der Lage sein, Vorfälle bei der Polizei zur Anzeige zu bringen oder die Anzeige zumindest erleichtern. Ein solches Vorgehen sollte die Dunkelziffer an Vorfällen innerhalb gefährdeter Gruppen verringern, gemäß der FRA-Stellungnahme zu den Befragungsergebnissen auf einen Blick der EU LGBT-Erhebung (EU LGBT survey Results at a glance, 2013).

Schaffen von Rechtsbewusstsein

Etwa die Hälfte der Befragten (zwischen 43 % und 53 %, je nach Bereich) besitzt keine Kenntnis von den Gesetzen zum Schutz jüdischer Personen vor Diskriminierung. Am bekanntesten sind unter den Befragten Antidiskriminierungsgesetze im Bereich der Beschäftigung. Am wenigsten bekannt sind Gesetze zum Schutz im Zusammenhang mit Waren und Dienstleistungen, wie zum Beispiel beim Einkaufen, in Gaststätten, Bars oder Diskotheken.

Die größten Anstrengungen der Gesetzgeber mehr Rechtsschutz zu schaffen bleiben wirkungslos, wenn sich die betreffenden Personen dieses Schutzes bzw. der Unterstützung und Informationen nicht bewusst sind, mit denen sie sich Gehör verschaffen können.

FRA-Stellungnahme

Die EU-Mitgliedstaaten sollten die Zusammenarbeit zwischen nationalen Gleichbehandlungsstellen und jüdischen Gemeinschaftsorganisationen fördern, damit Juden, die Opfer von Diskriminierung sind, über ihre Rechte und die verfügbaren Beschwerdeverfahren aufgeklärt werden.

Weitere Informationen:

Der FRA-Bericht zu den Befragungsergebnissen über die Erfahrungen von Juden mit Diskriminierung und Hasskriminalität in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten (*Discrimination and hate crime against Jews in EU Member States: experiences and perceptions of antisemitism*) ist abrufbar unter: <http://fra.europa.eu/en/publication/2013/discrimination-and-hate-crime-against-jews-eu>

Das Online-Visualisierungstool der Befragungsergebnisse ist abrufbar unter: <http://fra.europa.eu/en/discrimination-hatecrime-jews-survey-results> (in Englisch)

Der Überblick über das FRA-Projekt zu Diskriminierung und Hasskriminalität gegen Juden ist abrufbar unter: <http://fra.europa.eu/en/project/2012/fra-survey-jewish-peoples-experiences-and-perceptions-antisemitism> (in Englisch)

Informationen zur FRA-Datensammlung in Bezug auf antisemitische Vorfälle und Hasskriminalität sind abrufbar unter:

- *Antisemitismus: Zusammenfassender Überblick über die Situation in der Europäischen Union 2002–2012* (in Englisch), <http://fra.europa.eu/en/publication/2013/antisemitism-summary-overview-eu-2001-2012>
- *Grundrechte: Herausforderungen und Erfolge im Jahr 2012*, FRA-Jahresbericht, <http://fra.europa.eu/en/publication/2013/fundamental-rights-challenges-and-achievements-2012>

Informationen zur Arbeit der FRA im Bereich der Holocaustaufklärung und Aufklärung über Menschenrechte sind abrufbar unter: <http://fra.europa.eu/en/project/2006/holocaust-and-human-rights-education>